



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR
INNERES
Dr. Caspar EINEM

A-1014 Wien, Herrngasse 7
Tel. (+43)-1-53 126/2452
Telefax-Nr. 53 126-2240
DVR: 0000051

Z1. 5.380/86-II/C/95

Wien, am 24. April 1995

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz F I S C H E R

XIX. GP-NR
618/AB
1995-04-26

Parlament
1017 W i e n

20

735/10

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Terezija STOISITS, Freundinnen und Freunde haben am 15. März 1995 unter der Nr. 735/J an den Bundesminister für Inneres eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "die skandalösen Umstände rund um die verschärften Grenzkontrollen an der burgenländisch - ungarischen Grenze" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Wie kam der Auftrag der verschärften Grenzkontrollen genau zustande? Wer legte wann die Zeit, den Ort, die genaue Strategie und die Ziele fest? Welche Rolle spielte dabei die Sicherheitsdirektion für das Burgenland, welche Rolle das Innenministerium?
2. Wie erklären Sie sich, daß das die Sicherheitsbehörden im Burgenland einen "Probegalopp nach dem Schengener Abkommen" inszenierten und damit chaotische Staus verursachten, während Sie die ganze Aktion bis zuletzt für eine "Schlepperkontrolle" hielten?
3. Wann genau wurden Sie informiert, daß die Behörden vor Ort mit einem "Probegalopp" chaotische Zustände an der Grenze verursachten?
4. Was werden Sie gegen die offensichtlichen Kommunikationsprobleme in Ihrem Ressort unternehmen?
5. Was werden Sie konkret unternehmen, damit derartige abenteuerliche Zustände und Informations- und Koordinationsdefizite innerhalb der Sicherheitsbehörden nicht wieder vorkommen?
6. Wie rechtfertigen Sie als verantwortlicher Minister den Mißbrauch der Betroffenen als Versuchskaninchen für irgendwelche Planspiele der Sicherheitsbehörden - die Sie als einziger bis zuletzt für "Schlepperkontrollen" hielten? Werden Sie sich bei den Betroffenen entschuldigen, wenn nein, weshalb nicht?
7. Sind Sie eigentlich der Meinung, daß sie ihr Ressort noch im Griff haben?

./2

- 2 -

8. Treten Sie nach wie vor dafür ein, daß Österreich in der Schengengruppe innerhalb der EU mitmacht, in einer Gruppe, in der in erster Linie die "Scharfmacher" sitzen, während einige EU-Staten aus rechtsstaatlichen und demokratiepolitischen Gründen das umstrittene Schengen-Abkommen nach wie vor ablehnen?

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Dezember 1994 wurden die Sicherheitsdirektionen für die Bundesländer Steiermark und Burgenland beauftragt, Anfang März 1995 Schwerpunktaktionen zur Bekämpfung der Schlepperei und sonstiger illegaler Grenzübertritte in den Bereichen Spielfeld und Nickelsdorf zu setzen. Die zuständigen Behörden stellten fest, daß in Ostösterreich mehr als 50 % der illegalen Grenzgänger im Bereich Nickelsdorf und etwa 15 % im Bereich Spielfeld die Grenze nach Österreich überschreiten.

Zu Frage 2:

Wie ich zu Frage 1 sagte, handelte es sich um eine Schwerpunktaktion zur Bekämpfung der Schlepperei und sonstiger illegaler Grenzübertritte und nicht um einen "Probegalopp nach dem Schengener Abkommen". Daß im Zuge einer solchen Schwerpunktaktion verschärfte Kontrollen notwendig sind, ergibt sich von selbst.

Zu Frage 3:

Bundesminister Dr. LÖSCHNAK wurde am Morgen des 13.3.1995 von den Staus in Nickelsdorf informiert.

Zu Frage 4:

In meinem Ressort gibt es keine Kommunikationsprobleme.

./3

- 3 -

Zu Frage 5:

Die gegenständliche Schwerpunktaktion am 13.3.1995 war die letzte von sechs gleichartigen Aktionen innerhalb zweier Wochen. Bei keiner der vorangegangenen kam es zu übermäßig langen Wartezeiten.

Für den Stau, mit Wartezeiten bis zu sechs Stunden und nicht 9 1/2 Stunden wie in manchen Medien behauptet wurde, waren

1. ein unerwartet starker Reiseverkehr,
2. die Kontrollen im Rahmen der Schwerpunktaktion und
3. gewisse Kommunikationsschwierigkeiten mit ausländischen Dienststellen, die jedoch zwischenzeitlich beseitigt wurden, verantwortlich.

Zu Frage 6:

Bei der ggstl. Schwerpunktaktion handelte es sich um eine von vielen Maßnahmen zur Bekämpfung der Schlepperei und sonstiger illegaler Grenzübertritte und nicht um "irgendwelche Planspiele der Sicherheitsbehörden". Da keinerlei Fehlverhalten der Behörden vorliegt, erübrigt sich eine Entschuldigung.

Zu Frage 7:

Eine Beantwortung ist durch den inzwischen eingetretenen Wechsel in der Ressortleitung hinfällig geworden.

Zu Frage 8:

Österreich wird dem "Schengener Abkommen" beitreten und wird dieses innerstaatlich umsetzen.

